

Familienfreundliche KOMMUNE



Handreichung Familienfreundliche Kommune



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN



FaFo
FamilienForschung
Baden-Württemberg



Arbeitsgemeinschaft
Netzwerk Familie
Baden-Württemberg



KVJS
Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Impressum

Handreichung Familienfreundliche Kommune

Artikel-Nr. 8058 13001

ISBN 978-3-934338-68-5

Herausgeber

FamilienForschung Baden-Württemberg
im Statistischen Landesamt
Kommunalverband für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg
Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie
Baden-Württemberg
Mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-
Württemberg

Redaktionsteam

Christine Ehrhardt, FaFo BW
Franziska Haase, FaFo BW
Patrik A. Hauns, Stadt Ettlingen
Renate Iwaniw, Stadt Heubach
Kurt Lacher, Gemeinde Bodelshausen
Hans-Jürgen Lutz, Ortenaukreis
Andreas Reuter, KVJS BW
Jens Ridderbusch, FaFo BW
Hubert Würth, Gemeinde Ehningen

Endredaktion, Layout

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Auflage

3 500 Exemplare

© FamilienForschung Baden-Württemberg
im Statistischen Landesamt, Stuttgart, 2014
Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung
und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger
bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen
Rechte bleiben vorbehalten.

Handreichung Familienfreundliche Kommune



2014



Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

Familienpolitik hat für mich persönlich und für die gesamte Landesregierung einen hohen Stellenwert. Der jüngste Allensbacher Familienmonitor zeigt, dass dieses Politikfeld auch in der öffentlichen Meinung ganz oben rangiert. Vorrangige familienpolitische Ziele sind aus Sicht der Bevölkerung eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die optimale Förderung von Kindern sowie die Entlastung von Familien, die Angehörige zu Hause pflegen. Dies sind auch meine familienpolitischen Leitlinien. Dabei kommt der örtlichen Familienpolitik in den Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung zu. Denn in den Kommunen entscheidet sich letztlich, wie gut die Betreuungszeiten der Kinder mit den Arbeitszeiten der Eltern zusammenpassen, wie durchgängig und durchlässig die schulischen und außerschulischen Bildungsangebote sind und welche konkreten Angebote zur Entlastung von Familien und pflegenden Angehörigen es gibt.

Der Allensbacher Familienmonitor zeigt aber auch, dass Familienpolitik sich nicht allein an Geburten- und Einwohnerzahlen messen lassen sollte. Vielmehr geht es darum, die Fürsorge und Selbsthilfe der Menschen im Verbund der Generationen zu stärken. Dazu brauchen wir neben einer gut vernetzten kommunalen Infrastruktur vor allem auch aktive nachbarschaftliche und bürgerschaftliche Netzwerke, um Familien und ihre Sorgearbeit nachhaltig zu stärken.

Die Kommune in diesem positiven Sinne als „sorgende Gemeinschaft“ weiterzuentwickeln, ist das Ziel der vorliegenden Handreichung

„Familienfreundliche Kommune“. Besonders erfreulich ist, dass hierzu Fachleute aus verschiedenen kommunalen Bereichen zusammengefunden haben, um dem breiten thematischen Querschnitt der kommunalen Familienpolitik gerecht zu werden. Ich freue mich auch, dass das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg diese Arbeit durch das „Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune“ mit unterstützen konnte.

Ich wünsche mir, dass Sie durch diese Broschüre viele Anregungen und Impulse erhalten für den gemeinsamen Weg zu mehr Familienfreundlichkeit.

Katrin Altpeter MdL
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren

Vorwort

Familienfreundlichkeit ist für die Kommunen in Baden-Württemberg zu einem wichtigen Standortfaktor geworden, der mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Die Kommunen in Baden-Württemberg bieten deshalb bereits heute ein vielfältiges Spektrum familienfreundlicher Angebote.

Aufgrund der rasanten Entwicklung der Arbeitswelt, der Familienmodelle und der technischen Möglichkeiten, den Arbeitsplatz in unterschiedliche Richtungen zu flexibilisieren, stellt sich jedoch die Frage: Welche Strukturbedingungen für Familien werden in 10 Jahren für die Stadt oder Gemeinde relevant sein, und wie sehen die Entwicklungsschritte aus, die bereits jetzt in diese Richtung führen?

Die Orientierungspunkte zum Thema Familienfreundlichkeit sind im Wesentlichen unverändert:

- Sind die Angebote in ihrer Zielsetzung mit den Prioritäten noch stimmig?
- Sind die Angebote den Zielgruppen auch bekannt?
- Erfüllen die Angebote und ihre Vermittlung die gewünschte Wirkung auch in Zukunft?
- Sind die Akteure und Angebote miteinander bedarfsgerecht vernetzt?
- Sind die Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung und Umsetzung beteiligt?
- Wird die kommunale Steuerung der Verwaltung ganzheitlich praktiziert?
- Ist das Prozessmanagement auf Nachhaltigkeit ausgerichtet?

Die Antworten können nicht mit einem einzelnen Projekt abgeschlossen werden. Sie bedürfen einer Kultur des Lernens. Es bedarf daher einer Entwicklung zu einer lernenden Organisation.

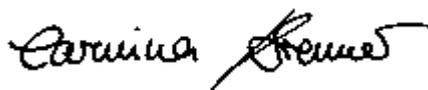
Die Handreichung hat in dieser Neuauflage als zehntes Handlungsfeld die Gesundheitsförderung aufgenommen. Dieses Handlungsfeld wird auch wegen des demografischen Wandels zu einer großen Herausforderung, die bereits heute mit Nachdruck angegangen werden sollte.

Die Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ ist erneut in der bewährten Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg, der Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, des KVJS-Landesjugendamtes Baden-Württemberg sowie von Vertretern mehrerer baden-württembergischer Städte und Gemeinden entstanden und wird von den kommunalen Landesverbänden in Baden-Württemberg zur Anwendung empfohlen.

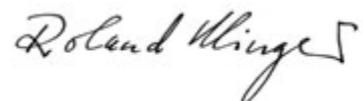
Die Mitglieder der Arbeitsgruppe freuen sich deshalb ganz besonders, Ihnen die Handreichung nach einer grundlegenden Überarbeitung und Weiterentwicklung in ihrer neuen Fassung zur Verfügung stellen zu können. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Weiterentwicklung und Umsetzung Ihrer familienfreundlichen Zukunftsprojekte – für einen familienfreundlichen Lebens- und Wirtschaftsstandort und für eine nachhaltige Lebensqualität der Familien in Ihrer Kommune.



Manfred Becker
Landesvorsitzender
AG Netzwerk Familie
Baden-Württemberg
Lokale Bündnisse für Familie



Dr. Carmina Brenner
Präsidentin
Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Familienforschung B-W



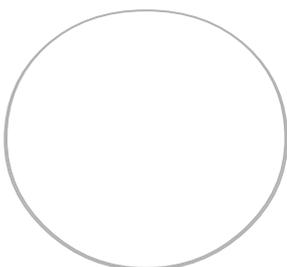
Senator e.h. Prof. Roland Klinger
Verbandsdirektor
Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Inhalt

■ Hinweise ...	
... zur Arbeit mit der Handreichung	9
■ Gemeinsam Handeln	
Wege zur familienfreundlichen Kommune	13
■ Handlungsfeld 1	
Kommune, Verwaltung und Vernetzung	19
■ Handlungsfeld 2	
Förderung und Unterstützung der Familie	27
■ Handlungsfeld 3	
Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung	35
■ Handlungsfeld 4	
Bildung, Lebenslanges Lernen	43
■ Handlungsfeld 5	
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	51
■ Handlungsfeld 6	
Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr	57
■ Handlungsfeld 7	
Freizeit, Kultur	65
■ Handlungsfeld 8	
Integration und interkulturelle Öffnung	73
■ Handlungsfeld 9	
Älterwerden, Generationenbeziehungen	79
■ Handlungsfeld 10	
Gesundheitsförderung	87
■ Ansprechpartnerinnen & Ansprechpartner	93

Hinweise ...

... zur Arbeit
mit der Handreichung



Neufassung der Handreichung

Die vorliegende Neufassung der Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ bietet einen Überblick über wesentliche Handlungsfelder kommunaler Familienpolitik und dient dazu, eine kommunal strukturierte Familienförderung zu definieren und Wege aufzuzeigen, um das spezifische familienfreundliche Profil einer Kommune zu schärfen.

Die Handreichung ermöglicht den Gemeinden und Städten eine systematische Bestandsaufnahme, eine Festlegung von bedarfsorientierten Zielen und damit eine strategische Weiterentwicklung ihrer familienfreundlichen Infrastruktur.

Sie ist als prozessunterstützendes Analyse- und Planungsinstrument für Kommunen und ihre mitwirkenden Akteure im Sinne eines „Standortfaktors Familienfreundlichkeit“ zu verstehen.

Die Handreichung ist mit dem Sozialministerium Baden-Württemberg, dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg abgestimmt und wird vom Gemeinde-, Städte- und Landkreistag zur Anwendung empfohlen.

In der Anwendung müssen nicht alle Handlungsfelder von einer Kommune parallel bearbeitet werden, sondern die Handreichung eignet sich vielmehr auch dazu, spezielle Handlungsfelder auszusuchen, um diese nach dem aktuellen kommunalen Bedarf zu bearbeiten. Daher erscheinen wiederholende Fragestellungen in den einzelnen Handlungsfeldern.

Die Handreichung erhebt wegen der lokal unterschiedlichen Bedürfnisse und Anforderungen in den Kommunen nicht den Anspruch, umfassend und überall zutreffend zu sein. Bestimmte Fragestellungen oder Aspekte zur Familienfreundlichkeit können in einigen Orten weniger relevant sein. Andere, nicht genannte Aspekte, können jedoch vor Ort einen hohen Stellenwert haben. Die Handreichung gibt daher keine abschließenden Standards zur Familienfreundlichkeit vor.

Anwendung

Um die Übersicht zu wahren, gliedert sich die Handreichung in zehn thematische Handlungsfelder. Jedes Handlungsfeld behandelt vier grundlegende Aspekte:

- Strukturfragen für Rat und Verwaltung
- Prozessmanagement, Beteiligung und Nachhaltigkeit
- Information und Kommunikation
- Angebote und Leistungen

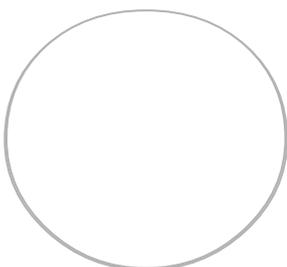
Bei der praktischen Bearbeitung kann es sinnvoll sein, die Handlungsfelder von unterschiedlichen Fachbereichen (Ämtern) gleichzeitig oder in abgestimmter zeitlicher Reihenfolge getrennt zu bearbeiten. Wegen der Querschnittsrelevanz ist die abschließende Zusammenführung und Diskussion aller Ergebnisse der analysierten Handlungsfelder sinnvoll.

Nur die Gesamtschau auf die Bestandsaufnahme schafft eine fundierte Ausgangsbasis für eine bedarfsorientierte und nachhaltige Weiterentwicklung der familienfreundlichen Infrastruktur.

Unabhängig von der Zahl der Beteiligten und Entwicklungsprozesse hat es sich sehr bewährt, in jeder Kommune eine/-n verantwortliche/-n Ansprechpartner/-in für die Anwendung der Handreichung zu bestellen. Bewährt hat sich auch, dass die kommunale Führungsebene in die Entwicklung von Zielen und Maßnahmen verantwortlich einbezogen bleibt.

Gemeinsam Handeln

Wege zur familienfreundlichen
Kommune



1. Jetzt handeln und Gestaltungsspielräume nutzen

Wir werden älter, weniger und bunter, darauf müssen sich die Städte und Gemeinden im Land einstellen. Schon im kommenden Jahrzehnt wird jeder dritte Einwohner Baden-Württembergs über 60 Jahre alt sein. Gleichzeitig nimmt die Heterogenität der Familienstrukturen und Lebensweisen sowie der kulturellen Herkunft der Bürgerinnen und Bürger zu. Die Kommunen stehen vor der Herausforderung, das Zusammenleben der Menschen, die Lebensbedingungen für Familien und die Fürsorge zwischen den Generationen zu fördern, um den sozialen Zusammenhalt und das Miteinander in den Kommunen zu stärken. Hinzu kommt die Aufgabe, die kommunale Infrastruktur an die rückläufige Bevölkerungszahl und die sich

wandelnden Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort flexibel weiterzuentwickeln, so dass eine attraktive Grundversorgung gesichert ist. Dabei wird es darauf ankommen, die Angebote und Leistungen für ältere Menschen auszubauen, ohne dabei die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen aus den Augen zu verlieren.

Die Familienfreundlichkeit in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs hängt davon ab, wie diese ihre Handlungsspielräume nutzen, um die Herausforderungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels zu gestalten.

Um eine Kommune familienfreundlich auszurichten, gibt es viele Gestaltungsspielräume. Familienfreundlichkeit reicht vom Kleinkind bis zum älteren

Handlungsfelder Familienfreundliche Kommune



Menschen. Grundsätzlich sind die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ebenso berührt, wie die Belange von Erwachsenen. Fragen des Zusammenlebens von Jung und Alt, von Menschen mit und ohne Behinderungen sowie von Menschen unterschiedlicher Herkunft ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Lebensbereiche in den Kommunen.

Um dieser Vielfalt gerecht zu werden, ist die Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ in zehn Handlungsfelder aufgeteilt, die je nach örtlicher Ausgangslage und Priorität flexibel bearbeitet werden können.

2. Gemeinsam wollen wir starten

Um ein familien- und generationenfreundliches Gemeinwesen zu sichern, lohnt es sich frühzeitig ein Konzept zur nachhaltigen Kommunalentwicklung zu formulieren, das alle Handlungsfelder und Akteure der Kommune berücksichtigt und in die Konzeption mit einbezieht. Die Arbeit mit der Handreichung ist eine gute Ausgangsbasis für einen erfolgreichen Entwicklungsprozess.

Um Familienfreundlichkeit als Querschnittsthema angehen zu können, brauchen die Gemeinden und Städte vor Ort starke Bündnispartner und gut vernetzte Akteure. Eine gute Vernetzungsplattform sind die „Lokalen Bündnisse für Familie“, denn sie fördern die Zusammenarbeit von familienpolitisch Aktiven, Kommunen, Kirchen, Verbänden und der Wirtschaft mit dem Ziel, die familienbezogenen Angebote und Leistungen stärker miteinander zu koordinieren und die örtlichen Rahmenbedingungen für Familien weiter zu verbessern. Das gemeinsame Ziel aller Bündnispartner ist es, mit Bürgerbeteiligung neue Ideen und Helfer für verschiedene Themen und Projekte zu gewinnen. Für einen gelungenen Beteiligungsprozess ist es nicht nur wichtig die Bürgerschaft mit einzubinden, sondern auch, dass zu Beginn eines Veränderungsprozesses immer der politische Auftrag bzw. die politische Willenserklärung vom/von der (Ober-)Bürgermeister/-in steht, der/die vom Gemeinderat unterstützt wird.

Ist der Auftrag ausgesprochen und stehen (Ober-)Bürgermeister/-in, Verwaltung und der Gemeinderat hinter dem Vorhaben, geht es ganz konkret darum, gemeinsam mit der Bürgerschaft und den betroffenen Akteuren vor Ort ein Konzept auszuarbeiten, um den Entwicklungsprozess voranzutreiben. Die Bedürfnisse aller Beteiligten im Blick zu haben und zusammenzuführen ist dabei die große Kunst. Es sollen bestehende Arbeitsgruppen, Einrichtungen und Initiativen genauso berücksichtigt werden, wie die vorhandenen Kräfte und Ressourcen.

3. Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg

Ein Patentrezept für Handlungs- und Beteiligungskonzepte ist nicht in Sicht. Konkrete Lösungen lassen sich nur vor Ort erarbeiten – im gemeinsamen Dialog von Gemeinderat, Verwaltung, örtlichen Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereinen sowie mit den Bürgerinnen und Bürgern. Es gibt vielfältige und attraktive Beteiligungsmöglichkeiten, um den Belangen von Familien, Kindern, Jugendlichen und Älteren gerecht zu werden sowie ihren Ideen und Gestaltungsvorschlägen verstärkt Geltung zu verschaffen.

Mit dem *BürgerInnenRat*, der durch das Sozialministerium Baden-Württemberg gefördert wird, soll Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene und dem bürgerschaftlichen Engagement Älterer neue Impulse verliehen werden. Die Idee ist, durch eine Zufallsauswahl aus den Melderegistern Bürgerinnen und Bürger neu für Beteiligung zu gewinnen. In diesem Gremium sollen Empfehlungen ausgearbeitet werden, die an die Entscheidungsträger vor Ort zur Weiterbearbeitung übergeben werden.

Die *Generationen-Workshops*, die ebenfalls vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg gefördert werden, sind eine gute Beteiligungsmöglichkeit, wenn es darum geht, das Thema Generationenbeziehungen anzugehen. Mit dem Generationen-Workshop können Vorurteile abge-

baut und die Generationen füreinander sensibilisiert werden, da die Möglichkeit zur Begegnung, zum Kennenlernen und zum Austausch untereinander besteht.

Umfassende fachliche Beratung und Begleitung gibt es darüber hinaus beim „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“, das sich aus den drei kommunalen Netzwerken von Gemeinde-, Landkreis- und Städtenetzwerk zusammensetzt sowie bei der **Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement** im Sozialministerium Baden-Württemberg. Hier liegen langjährige Erfahrungen in der Beteiligung und Projektentwicklung mit Bürgerinnen und Bürgern vor.

Als praxistaugliches und effektives Verfahren zur nachhaltigen Kommunalentwicklung haben sich in Baden-Württemberg nicht zuletzt die „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ erwiesen, die seit 2013 in dem Landesprogramm **„Integriertes Managementverfahren familienfreundliche, bürgeraktive und demografiesensible Kommune“** fortgeführt werden. Das Konzept von Zukunftswerkstätten und Managementverfahren setzt auf eine enge Verzahnung von Bürgerbeteiligung und Gemeinderatsarbeit und hat sich bereits in über 70 Kommunen in Baden-Württemberg erfolgreich bewährt.

Neben den genannten Beteiligungsangeboten gibt es noch weitere Möglichkeiten, die Bürgerschaft mit einzubinden, beispielsweise durch eine **Open Space Konferenz**, eine **Ortsteil- bzw. Stadtteilkonferenz**, **Stadtspaziergänge**, bei denen Bürgerinnen und Bürger die guten und schlechten Seiten ihres Wohnumfelds zeigen, oder über **Zukunftsforen mit Jugendlichen**, die Raum für Kritik, Phantasie und kreative Lösungen geben.

4. Der Entwicklungsprozess zur Familienfreundlichen Kommune

Die Arbeit mit der Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ ist der Einstieg in einen Prozess zur nachhaltigen familienfreundlichen Kommunalent-

wicklung. Dieser Prozess kann als kontinuierlicher Verbesserungsprozess verstanden werden, der im Regelfall vier methodische Schritte umfasst:

Bestandsaufnahme mit der Handreichung „Familienfreundliche Kommune“

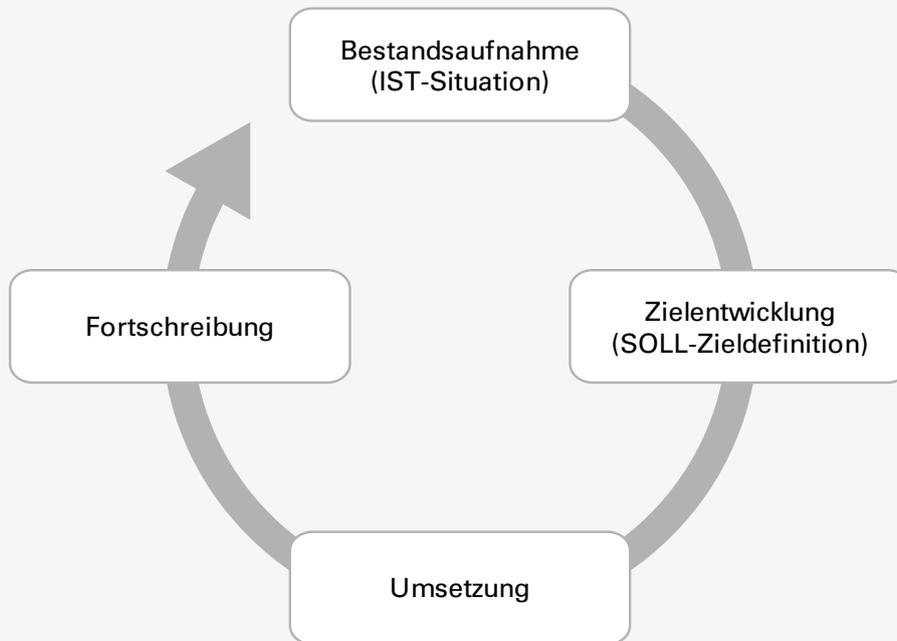
Als Einstieg in den Entwicklungsprozess und auch als Zwischenbilanz auf dem Weg zur „Familienfreundlichen Kommune“ empfiehlt es sich, die bestehenden Angebote und Leistungen für Familien mit der örtlichen Bedarfslage zu vergleichen:

- Welche Steuerungsrelevanz hat Familienfreundlichkeit in der Kommune bisher?
- Was bieten die Kommune, Kirchen, freie Träger, Unternehmen und Vereine für Familien, Kinder, Jugendliche, Senioren, Jung und Alt?
- Treffen die Angebote den örtlichen Bedarf? Werden die Zielgruppen tatsächlich erreicht und was fehlt noch?
- Sind die Akteure und Angebote gut miteinander vernetzt? Werden die Mittel effizient eingesetzt?
- Welche guten Praxisbeispiele und Lösungen gibt es in anderen Kommunen? Was kann man daraus für die eigene Entwicklung lernen?

Entlang des Fragenkatalogs der Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ lässt sich eine strukturierte Bestandsanalyse der familienfreundlichen Infrastruktur durchführen, die zu bedarfsorientierten Zielen führt.

Zielentwicklung

Ist der Bestand erhoben, empfiehlt es sich, dass Kommune, Bündnispartner und Bürgerschaft eng und zielorientiert zusammenarbeiten. Die Grundidee der Zusammenarbeit ist die Einsicht, dass die gegenwärtigen Herausforderungen durch den demografischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel ein breit angelegtes Handeln von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erforderlich machen. Neben den örtlichen Fachkräften sollten die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu Wort kommen, um sicherzustellen, dass die Ziele und geplanten Maßnahmen am konkreten Bedarf der Menschen ansetzen.

Leitziel „Familienfreundliche Kommune“ als kontinuierlicher Verbesserungsprozess**Umsetzung**

Auch bei der Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen sollte die Bürgerschaft vor Ort aktiv mitwirken können. Besonders eignen sich Vorhaben, die Familien, Kinder, Jugendliche und Senioren direkt betreffen, wie z. B. die Neugestaltung von Spielplätzen oder Schulhöfen, der Bau einer Skateranlage, die Aufwertung des Wohnumfelds, die Einrichtung eines Mehrgenerationentreffs, einer Helferbörse für Alt und Jung sowie flexible Formen der Kinderbetreuung, um nur einige Beispiele zu nennen. Je nach Anlass und Zielgruppe sind verschiedene Beteiligungsformen sinnvoll.

Fortschreibung

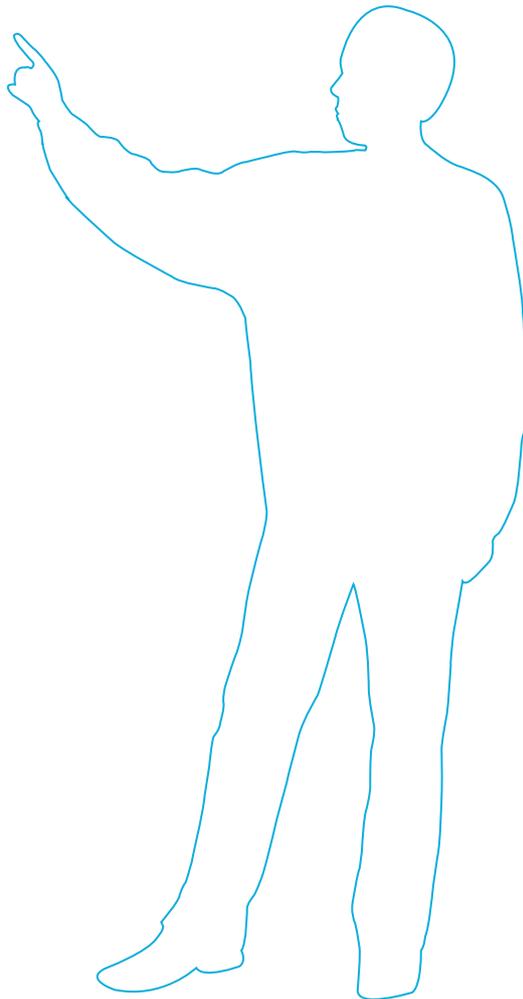
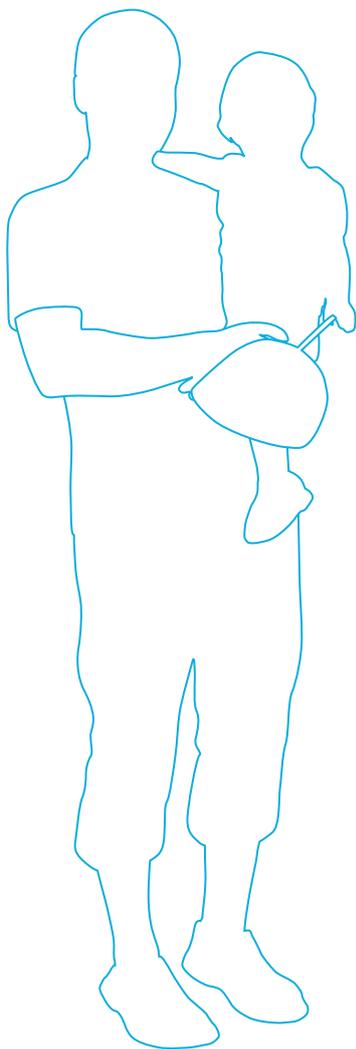
Um die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der familienfreundlichen Kommunalentwicklung sicherzustellen, sind Erfolgskontrollen und Selbstevaluations erforderlich.

- Sind die Ziele, die sich die Kommune gesteckt hat, auch tatsächlich erreicht worden?
- Haben die Maßnahmen die Lebenssituation von Familien in der gewünschten Weise und in der angestrebten Frist verbessert?
- Bei welchen Zielen ist es noch nicht vorangegangen, wo gibt es neuen Handlungsbedarf?

Wichtig für eine wirksame Erfolgskontrolle ist die Rückkopplung an die Bürger und die örtlichen Kooperationspartner. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit werden nach dem Bilanzziehen gemeinsam weiterführende Ziele und Maßnahmen im Sinne eines kontinuierlichen familienfreundlichen Verbesserungsprozesses erarbeitet. Dabei werden nicht zuletzt auch die besonderen Leistungen aller Beteiligten in angemessener Weise gewürdigt. Bilanz zu ziehen, Anerkennung zu bekommen und neue Ideen mitzunehmen bedeutet ebenfalls, neue Motivation für den weiteren Weg zur Familienfreundlichkeit zu gewinnen.

Handlungsfeld 1

Kommune, Verwaltung
und Vernetzung





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

1.1 Leitziel „Familienfreundliches Gesamtkonzept“

Gibt es ein „Familienfreundliches Gesamtkonzept“ aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			

1.2 Familienfreundlichkeit als kommunale Aufgabe

Ist Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe im Aufgabengliederungsplan bzw. in der Zuständigkeitsordnung der Kommune verankert?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Maßnahmen, um Familienfreundlichkeit als Standortfaktor weiterzuentwickeln?			

1.3 Steuerung der Familienfreundlichkeit

Gibt es in der Kommune ein übergeordnetes Gremium zur Entwicklung und Steuerung der Familienfreundlichkeit (zum Beispiel Lokales Bündnis für Familie, Runder Tisch) ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... koordiniert durch eine nicht kommunale Organisation?			
... gesteuert durch die Kommune?			

1.4 Zentrale Anlaufstelle für Familien

Gibt es in der Kommune eine zentrale Anlaufstelle, bei der sich Familien informieren können und selbstorganisierte Aktivitäten unterstützt werden?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------



1.5 Bürgerschaftliches/Freiwilliges Engagement

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eine Anlaufstelle, die Bürgerschaftliches Engagement fördert, berät oder vermittelt?			
... eine Förderung Bürgerschaftlichen Engagements, zum Beispiel durch kostenloses Stellen von Räumen, Infrastruktur etc.?			
... eine Börse zur Vermittlung von Angebot und Nachfrage im Bereich Bürgerschaftliches Engagement?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

1.6 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden Bürger/-innen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen der Kommunalentwicklung beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/-innen-Räte)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ein kommunales Beteiligungskonzept, das festlegt, wann und bei welchen Fragen die Bürger/-innen zu beteiligen sind?			
Gibt es zielgruppenspezifische Gremien zur regelmäßigen Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderung, Senioren, Migranten/-innen u.a.?			
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und ihre familienfreundlichen Aktivitäten koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Werden die Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			
Stellt die Verwaltung personelle und finanzielle Ressourcen für die Umsetzung von Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit zur Verfügung?			

1.7 Prüfverfahren zur Familienverträglichkeit

Gibt es in der Verwaltung ein Verfahren bzw. Kriterien zur Prüfung der Familienfreundlichkeit ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... auf Verwaltungsebene?			
... auf Gremienebene?			



1.8 Interkommunale(r) Austausch und Zusammenarbeit

Arbeitet die Kommune im Bereich Familienfreundlichkeit mit anderen Kommunen/Raumschaften/Regionen zusammen ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... auf Verwaltungsebene?			
... unter Einbeziehung des Gemeinderates/der Gremien?			
... über eine Mitwirkung im Rahmen regionaler/überregionaler Vernetzungsgremien (zum Beispiel AG Netzwerk Familie, regionale Zusammenschlüsse)?			
... über interkommunale Vereinbarungen?			

1.9 Berücksichtigung des demografischen Wandels

Gibt es angesichts des demografischen Wandels ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... ein Gesamtkonzept der Kommune?			
... Konzepte auf Fachbereichsebene, zum Beispiel Soziales, Bildung, Wirtschaft?			
Sind an der Erarbeitung kommunaler Konzepte gesellschaftliche Gruppen und/oder Bürger/-innen beteiligt?			

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

1.10 Informationen für Familien

Informiert die Kommune über Dienste und Angebote für Familien in Form ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines barrierefreien Internetangebots?			
... schriftlicher Informationen (Broschüren, Flyer, Gemeindeblatt)?			
... eines Veranstaltungskalenders zu Themen wie Familie, Bildung, Generationen, Nahversorgung?			
... muttersprachlicher Informationen für die größten nicht deutschen Nationalitätsgruppen vor Ort?			



1.11 Familienfreundlichkeit als Standortfaktor

Wirbt die Kommune aktiv mit einem Hinweis auf die Familienfreundlichkeit der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... grundsätzlich in allen Medien (zum Beispiel Briefbogen, Internet)?			
... auf den Visitenkarten aller Beschäftigten mit einem Zusatz (zum Beispiel „Familienfreundliche Kommune“)?			
... mit Auszeichnungen für familienfreundliche Projekte/Innovationen?			
... mit einem speziellen Informations- und Unterstützungsservice für Unternehmen?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

1.12 Wertschätzung für Familien

Gibt es in der Kommune eine Kultur der Wertschätzung für Familien vermittelt durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eine offizielle Gratulation bzw. einen Besuch bei der Geburt eines Kindes und ein Informationspaket?			
... spezielle Feste für Familien und Kinder (ggf. jeweils gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen)?			
... spezifische Angebote für neu Zugezogene?			
... Sonstiges:			

1.13 Familienfreundliche Zugänge und Besuchsmöglichkeiten

Gibt es an/in kommunalen Einrichtungen und Gebäuden ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Familienparkplätze?			
... öffentlich zugängliche Toiletten?			
... Still- und Wickelmöglichkeiten?			
... Spielbereiche für Kinder?			



1.14 Familienfreundliche kommunale Sprechzeiten

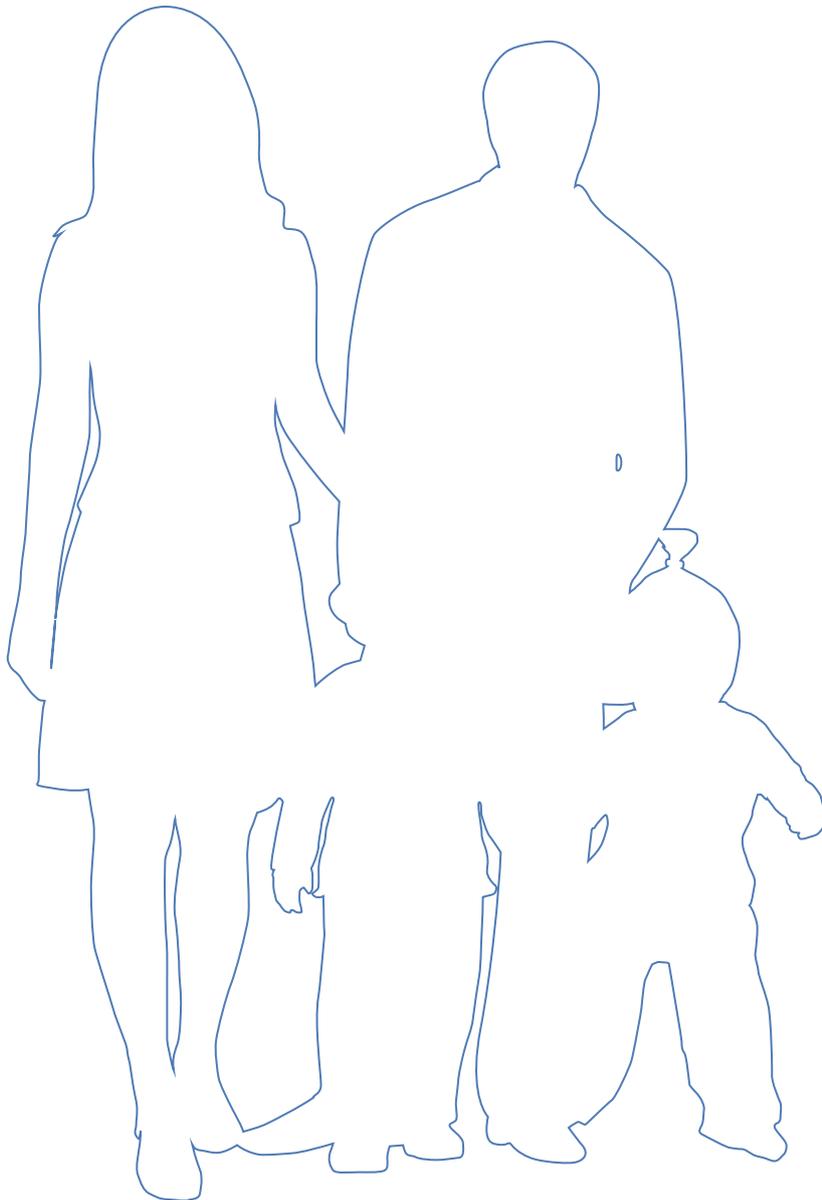
	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet die Kommune Sprechzeiten ...			
... am Abend (zum Beispiel einmal pro Woche für 2 Stunden)?			
... mit betreutem Spielangebot (zum Beispiel einmal pro Woche bis 18 Uhr)?			
... an Samstagen?			
Gibt es spezielle Sprechstunden, zum Beispiel beim/bei der (Ober-)Bürgermeister/-in oder bei den Fachbereichen für ...			
... Kinder?			
... Jugendliche?			
... Menschen mit Behinderung?			
... Sonstige Zielgruppe:			

1.15 Familienermäßigungen

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Ermäßigungen für Familien ...			
... bei kommunalen Einrichtungen (Bücherei, Schwimmbad, Müllabfuhr, Windelrabatt, Energieversorgung etc.)?			
... in Form eines Kinder-/Familienpasses?			
... im öffentlichen Nahverkehr?			
... bei den Kinderbetreuungsgebühren?			
... Sonstiges:			
Informiert die Kommune über bestehende Möglichkeiten zur finanziellen Förderung und Entlastung von Familien?			

Handlungsfeld 2

Förderung und Unterstützung der Familie





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

2.1 Leitziel „Familienförderung“

Ist das Leitziel „Familienförderung“ als Bestandteil des familienfreundlichen Handelns in der Kommune verankert aufgrund ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?

... eines Gemeinderatsbeschlusses?

... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?

2.2 Unterstützung von Initiativen

Werden Initiativen, zum Beispiel Bündnis für Familie, Eltern- und Selbsthilfe-Gruppen, Elternbildungsaktivitäten usw., die vor Ort wirken, gefördert durch ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... eine finanzielle Unterstützung?

... die Bereitstellung von Räumen?

... Sachmittel und logistische Hilfen?

... personelle Unterstützung/hauptamtliche Fachkräfte?

2.3 Teilhabe von Familien mit behinderten Angehörigen

Sind die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen bedarfsgerecht berücksichtigt (Behindertentoiletten, Verkehrswege, Gebärdendolmetscher ...)?

Ja Nein Handlungsbedarf

2.4 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommune zu bisherigen Aktivitäten im Bereich „Förderung und Unterstützung der Familie“?

Ja Nein Handlungsbedarf



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

2.5 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden Familien regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich „Förderung und Unterstützung der Familie“ beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/-innen-Räte)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Förderung und Unterstützung der Familie“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Werden die Maßnahmen im Bereich „Förderung und Unterstützung der Familie“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

2.6 Informationen für Familien

Gibt es zu allen Diensten und Angeboten für Familien ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... barrierefreie Internetangebote (zum Beispiel zielgruppenspezifische Apps)?			
... schriftliche Informationen (zum Beispiel Familienwegweiser)?			
... einen Veranstaltungskalender zu Themen wie Erziehung, Partnerschaft, Bildung etc.?			
... muttersprachliche Informationen für die größten nicht deutschen Nationalitätsgruppen vor Ort?			



■ ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

2.7 Begegnungsmöglichkeiten für Familien

Gibt es ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Eltern- und Familientreffs/Familienzentren?			
... Mehrgenerationenhäuser?			
... Sonstiges:			

2.8 Familienunterstützende Angebote, Familienbildung

Gibt es ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Kurse zur Familienbildung (zum Beispiel Erziehungskurse, Eltern-Kind-Gruppen)?			
... familienunterstützende Angebote (zum Beispiel Nachbarschaftshilfe, Familienpflege, Patengroßeltern, Babysitter-Dienst)?			
... Angebote der „Frühen Hilfen“ für Familien in besonderen Lebenslagen (zum Beispiel Familienhebammen, Familienbesucher)?			
... Anbieter für haushaltsnahe Dienstleistungen?			
... Angebote für Familien mit körperlich oder geistig beeinträchtigten Familienmitgliedern?			

2.9 Begleitung und Unterstützung Jugendlicher und ihrer Familien

Gibt es ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... sozialpädagogische Fachkräfte, zum Beispiel Jugendsozialarbeiter?			
... Sprechstunden des Sozialen Dienstes des Jugendamtes oder der freien Träger der Jugendhilfe?			
... niedrigschwellige Zugänge zu Erziehungs- oder psychosozialen Beratungsstellen, Frühförderstellen und zu den Diensten der Jugend- und Gesundheitsämter?			



2.10 Kinder- und Jugendschutz

Unterstützt die Kommune aktiv den Kinder- und Jugendschutz durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... einen Runden Tisch oder eine Arbeitsgruppe zum Jugendschutz oder Vereinbarungen mit örtlichen Vereinen, Einrichtungen und Schulen?			
... gemeinsame Projekte und Präventionsveranstaltungen, zum Beispiel mit Trägern der Jugendarbeit oder eigenem Fachpersonal?			
... eine gezielte Jugendförderung, zum Beispiel über Förder-gelder?			

2.11 Unterstützungsformen durch Ehrenamtliche

Gibt es ehrenamtliche Paten, die Familien unterstützen, zum Beispiel bei der Berufsfindung, bei der Integration oder in schwierigen Lebenssituationen?	Ja	Nein	Handlungsbedarf

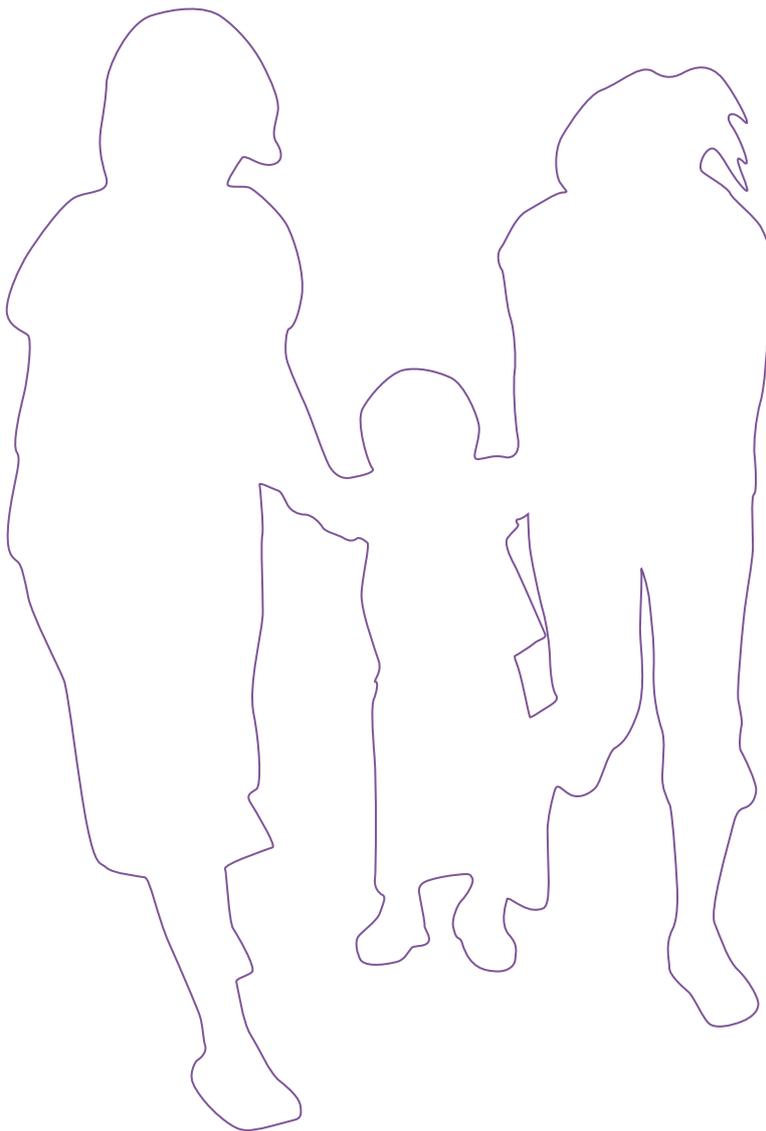


A series of horizontal dotted lines for writing, spanning the width of the page.



Handlungsfeld 3

Frühe Bildung,
Betreuung, Erziehung





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

3.1 Qualifizierte Bedarfsplanung der Betreuungsplätze für Kinder

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es für die Bedarfsplanung personelle Ressourcen und eine/-n Ansprechpartner/-in für Träger, Eltern und Schulen?			
Werden bei der kommunalen Bedarfsplanung alle Angebote der Kindertagespflege (auch der freien Träger), ... der Schulkindbetreuung und ... der betrieblichen Kinderbetreuung berücksichtigt?			
Wird der Betreuungsbedarf ortsansässiger Unternehmen ermittelt und in die Bedarfsplanung der Kommune einbezogen?			
Gibt es regelmäßige Bedarfserhebungen für die Kinderbetreuung? – 0 bis 3 Jahre – 3 bis 6 Jahre – 6 bis 14 Jahre			
Können Eltern freie Plätze aller Tageseinrichtungen zentral abfragen (zum Beispiel Anlaufstelle, Internet, Kinderbetreuungsbörsen)?			
Werden in der Bedarfsplanung Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf berücksichtigt?			
Gibt es ein Handlungskonzept für unerwarteten Betreuungsbedarf?			

3.2 Förderung der Kindertagespflege

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Vermittlungsstellen für qualifizierte Tagespflege mit regelmäßigen Büro-/Sprechzeiten?			
Kooperieren Kommune, Landkreis und Tagespflegeverein(e) beim quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagespflegeangebote?			
Fördert die Kommune die Kindertagespflege (zum Beispiel durch Kooperations- und Finanzierungsvereinbarungen)?			



3.3 Kommunale Unterstützung selbstorganisierter Elternaktivitäten

Werden selbstorganisierte Elternaktivitäten (zum Beispiel Krabbel-/Still-/Spielgruppen) durch die Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... finanziell unterstützt?			
... durch das Stellen von Räumen unterstützt?			
... organisatorisch unterstützt?			

3.4 Kita Plus

Werden die Kindertagesstätten über den Orientierungsplan hinaus weiterentwickelt ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... durch Kooperationen mit kommunalen Bildungseinrichtungen (Bibliothek, Musik- und Kunstschule, VHS)?			
... durch Kooperationen, zum Beispiel mit Vereinen, anderen Bildungsträgern, Firmen?			
... zu Familienzentren?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

3.5 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden Eltern regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich "Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung" (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/-innen-Räte) beteiligt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Kindertageseinrichtungen, Schulen, Unternehmen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Werden die Maßnahmen im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			

3.6 Qualitätsentwicklung

Gibt es fachliche, strukturelle oder sonstige Qualitätsziele für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Besteht ein Qualitätsmanagementsystem und wird dieses regelmäßig evaluiert?			



INFORMATION UND KOMMUNIKATION

3.7 Information über Angebote und Leistungen

Können aktuelle Informationen zu ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... den Angeboten aller Träger und Anbieter in der Kommune im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ an einer zentralen Informationsstelle abgerufen werden?			
... den Angebotsprofilen der einzelnen Tageseinrichtungen abgerufen werden (zum Beispiel Altersgruppen, Betreuungszeiten, pädagogische Konzeption, integratives Konzept für Kinder mit Behinderung, Elternbeiträge)?			
... den Angebotsprofilen der Kindertagespflege abgerufen werden (zum Beispiel Vermittlungsstelle/Ansprechpartner, Beschreibung einzelner Angebote, Elternbeiträge)?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

3.8 Bedarfsgerechte Angebote an Plätzen zur Tagesbetreuung von Kindern

Gibt es ein bedarfsgerechtes Angebot ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... bis zum Alter von 3 Jahren?			
... im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt?			
... im Grundschulalter?			
– vormittags			
– nachmittags			
– fünf Tage in der Woche			
– in den Schulferien			
... in weiterführenden Schulen in der Regel bis 14 Jahren?			
– vormittags			
– nachmittags			
– fünf Tage in der Woche			
– in den Schulferien			



3.9 Flexible Betreuungsmöglichkeiten

Können die Eltern ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... in den Kindertageseinrichtungen Randzeitenbetreuung flexibel zusätzlich belegen?			
... in den Tageseinrichtungen oder über die Tagespflege ein der Nachfrage entsprechendes Betreuungsangebot nach 17:00 Uhr in Anspruch nehmen?			
Gibt es eine flexible Betreuung für Kinder, wenn Eltern bzw. Tagespflegepersonen kurzfristig ausfallen (zum Beispiel Notfallbetreuung, Kurzzeitbetreuung)?			

3.10 Ferienbetreuung

Besteht ein bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot in Ferienzeiten für ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... unter 3-Jährige?			
... Kindergartenkinder?			
... Schulkinder?			

3.11 Inklusive Erziehung in Kindertageseinrichtungen

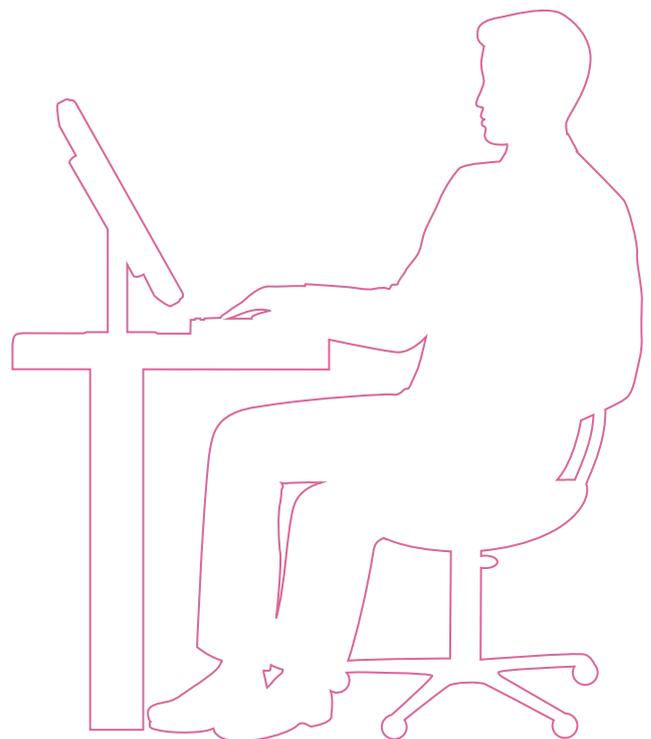
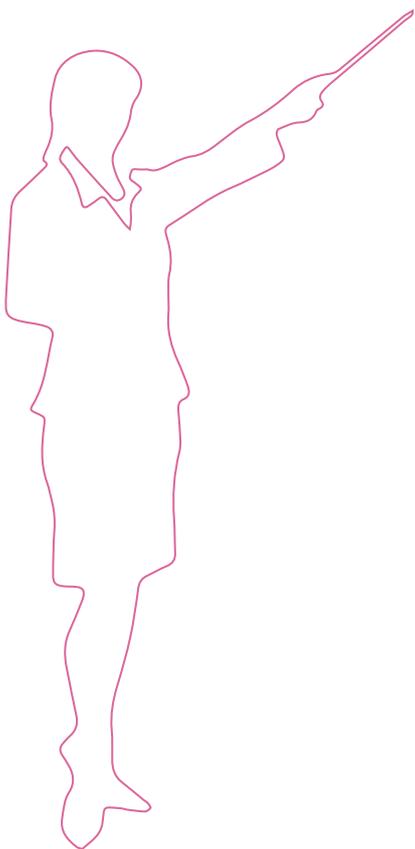
Werden in den Kindertageseinrichtungen auch Kinder mit Behinderung bedarfsgerecht, inklusiv und entsprechend der Nachfrage gefördert?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Ist die inklusive Betreuung im Bedarfsplan berücksichtigt?			

3.12 Bedarfsgerechte Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen

Gibt es in den Kindertageseinrichtungen vor Ort ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Sprachförderung (zum Beispiel „SPATZ“ – Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf)?			
... zusätzliche Projekte zur Sprachförderung für ...			
– Eltern?			
– Kinder unter 3 Jahren?			

Handlungsfeld 4

Bildung,
Lebenslanges Lernen





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

4.1 Leitziel „Kommunale Bildungslandschaft“

Besteht in der Kommune oder im Landkreis ein Gremium aller Bildungsträger und -einrichtungen, das die Kommunale Bildungslandschaft gestaltet?

Ja Nein Handlungsbedarf

Erfolgt in der Kommune eine regelmäßige Berichterstattung zum Themenbereich Bildung, aus der konkrete Handlungsziele abgeleitet werden?

4.2 Kommunale/regionale Schulentwicklung

Gibt es einen Prozess zur kommunalen/regionalen Schulentwicklung?

Ja Nein Handlungsbedarf

Ist diese Schulentwicklungsplanung mit anderen Bildungseinrichtungen und der Jugendhilfe vor Ort vernetzt?

4.3 Außerschulische Jugendarbeit

Gibt es Kooperationen zwischen den Schulen vor Ort und der außerschulischen Jugendarbeit?

Ja Nein Handlungsbedarf

Ist diese Kooperation (schulbezogene Jugendarbeit) Bestandteil des Schulkonzepts?

4.4 Übergang Kindertageseinrichtung – Grundschule

Bestehen Kooperationsvereinbarungen zu Ablauf und Qualität des Übergangs von Kindertageseinrichtungen zu den Grundschulen mit beiderseits verbindlichem Ressourceneinsatz?

Ja Nein Handlungsbedarf

Wird die Zusammenarbeit zwischen Erzieher/-innen und Lehrkräften sowie den Eltern als erfolgreich bewertet?



4.5 Übergang Schule – Beruf

Gibt es zum Thema „Übergang Schule – Beruf“ unter Beteiligung der Kommune regelmäßige ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Kooperationen, zum Beispiel mit der Agentur für Arbeit/ der kommunalen Arbeitsverwaltung, Beschäftigungsinitiativen, örtlichen Unternehmen, der IHK, der Handwerkskammer, den Staatlichen Schulämtern, dem Jugendamt, sonstigen Verbänden?			
... Angebote zur Berufsorientierung und zum Übergang in den berufsbildenden Bereich (zum Beispiel Firmenpraktika)?			
... Ausbildungsplatzbörsen?			
... Ausbildungspatenschaften?			

4.6 Jugendliche und Heranwachsende mit besonderem Förderbedarf

Werden Jugendliche und Heranwachsende ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erfasst (zum Beispiel im Rahmen eines Bildungsberichts)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Liegt der Anteil ausbildungsloser Jugendlicher unter dem Durchschnitt des Landkreises bzw. des Landes?			
Realisiert die Kommune Maßnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit oder ist an solchen beteiligt?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

4.7 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden Bürger/-innen sowie Akteure im Bereich „Bildung, Lebenslanges Lernen“ regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen bei der Entwicklung einer Kommunalen Bildungslandschaft beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/-innen-Räte)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Schulen, Bildungsträger, Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereine, Verbände und Gewerkschaften zusammenbringt und ihre Bildungsangebote koordiniert (zum Beispiel Lokale Bündnisse, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Werden die Maßnahmen im Bereich „Bildung, Lebenslanges Lernen“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			



INFORMATION UND KOMMUNIKATION

4.8 Öffentlichkeitsarbeit

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Fördert die Kommune die Bedeutung „Lebenslangen Lernens“, indem sie zum Beispiel regelmäßig über entsprechende Bildungsangebote vor Ort informiert?			
Gibt es eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Themenfeld?			
Gibt es eine persönliche Beratung durch die Verwaltung?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

4.9 Ergänzende Betreuungs-, Beratungs- und Bildungsangebote an Schulen

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden die Betreuungs-, Beratungs- und Bildungsangebote vor Ort ergänzt durch ...			
... ein Ganztagsschulangebot?			
... verlässliche Angebote der Ganztagsbetreuung (zum Beispiel Schülerhort, verlässliche Grundschule, Kernzeitenbetreuung, Hausaufgabenbetreuung)?			
... Ferienbetreuung für alle Kinder (alle Ferien/3 Wochen/....)?			
... ein Frühstücksangebot?			
... Mittagsverpflegung?			
... eine familienfreundliche und barrierefreie Mensa, in der auch Angehörige zu Mittag essen können?			
... Vernetzungsangebote mit außerschulischen Partnern (Angebote der offenen Jugendarbeit, Sport-, Musik- und Kulturangebote etc.)?			
... Sport- und Bewegungsinfrastruktur (zum Beispiel Kletterwand, Spielanlagen, Skateanlage...)?			
... spezifische Angebote zur individuellen Förderung?			
... Jugendsozialarbeit an Schulen?			
... Sonstiges:			



4.10 Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit

Gibt es in der Kommune nach Bedarf und Nachfrage geförderte Angebote ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... der offenen Kinder- und Jugendarbeit (zum Beispiel Kinder- und Jugendzentrum, Jugendclubs, Jugendbildungs- und Begegnungsstätten)?			
... der verbandlichen Jugendarbeit (zum Beispiel in Vereinen, Jugendorganisationen)?			
... der Mobilen Jugendarbeit?			
Gibt es Ferienfreizeitangebote (zum Beispiel Stadtrand-erholung, Ferienpass, Ferienangebote, Kinder-Uni)?			

4.11 Medienkompetenz/ -bildung

Wird die Medienkompetenz/ -bildung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Senioren durch entsprechende Angebote kontinuierlich gefördert?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

4.12 Volkshochschule/Familienbildungsstätten/Büchereien

Gibt es vor Ort Angebote, die ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... für Familien attraktiv und vergünstigt sind?			
... Familien aus bildungsfernen Milieus erreichen?			

4.13 Musik-/Kunstschule

Gibt es vor Ort kommunal geförderte musisch-künstlerische Angebote, die ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... für Familien attraktiv und vergünstigt sind?			
... Familien aus bildungsfernen Milieus erreichen?			
Gibt es kommunale Zuschüsse, die den Elternbeitrag senken?			
Gibt es Kooperationen zwischen Musik- und Kunstschulen sowie Kindertageseinrichtungen und den allgemeinbildenden Schulen?			

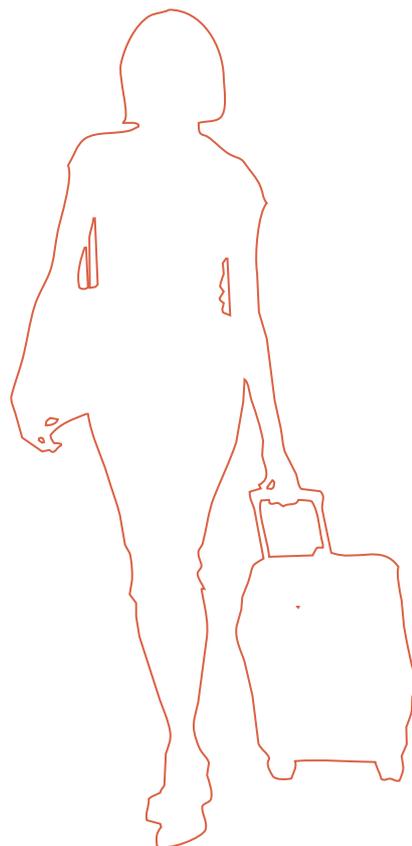


A series of horizontal dotted lines for writing, spanning the width of the page.



Handlungsfeld 5

Vereinbarkeit von Beruf und Familie





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

5.1 Leitziel „Vereinbarkeit in der Verwaltung“

Ist für die Kommunalverwaltung als Arbeitgeber Familienbewusstes Personalmanagement eine Zielsetzung aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			

5.2 Leitziel „Vereinbarkeit in der Kommune“

Übernimmt die Kommune durch ihr Familienbewusstes Personalmanagement eine Vorbildfunktion für andere Arbeitgeber vor Ort?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Wirkt die Kommune auch in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Einrichtungen auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin (zum Beispiel Kommunale Zeitpolitik)?			

5.3 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme zu bisherigen Aktivitäten im Bereich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

5.4 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden Bürger/-innen und Mitarbeiter/-innen der Verwaltung regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/-innen-Räte)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ fördert und koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Werden die Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			

5.5 Externe Beratung und Unterstützung

Nimmt die Kommune zur Weiterentwicklung der Vereinbarkeit externe Beratungs- und Unterstützungsangebote in Anspruch (zum Beispiel Lokale Bündnisse für Familie, AG Netzwerk Familie Baden-Württemberg, Kompetenzzentrum Beruf & Familie (FaFo BW), Audit Beruf und Familie (Hertie), Servicestelle Betriebliche Kinderbetreuung, FamilyNet)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

5.6 Allgemeine Informationsangebote der Kommune

Veröffentlicht die Kommune Informationen ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... für Erwerbstätige zu vereinbarkeitsbezogenen Leistungen und Angeboten (Bund, Land, Kommune, Kontaktstelle Frau und Beruf)?			
... für Unternehmen zu kommunalen Angeboten und Leistungen sowie zu weiteren Möglichkeiten zur Verbesserung der Vereinbarkeit?			



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

5.7 Arbeitszeitgestaltung und -organisation

Bietet die Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Telearbeit/Homeoffice?			
... Jahres-/Lebensarbeitszeitkonten (Sabbaticals, Erziehung, Pflege)?			
... Wiedereinstieg, Kontakthalte- und Rückkehrprogramme?			
... Fort- und Weiterbildung während der Elternzeit?			
... Teilzeitarbeit auf Führungsebene?			

5.8 Familienfreundliche Dienstleistungen

Bietet die Kommunalverwaltung familienfreundliche Dienstleistungen an?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Haushaltsservice (zum Beispiel Bügelservice, Einkaufsservice)			
Betriebsfeste mit Angehörigen			
Fachstelle für pflegende Angehörige (Elder Care)			
Informationsangebot im Internet zu Dual Career-Netzwerken bzw. -Programmen			
Kinder essen in der Kantine mit			
Sonstiges:			

5.9 Bedarfsgerechte Services: arbeitsplatznahe Kinderbetreuung

Bietet oder vermittelt die Kommune Arbeitgebern arbeitsplatznahe Belegplätze in Betreuungseinrichtungen vor Ort?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Fördert die Kommune bei Bedarf die Gewinnung qualifizierter Tagesmütter für die flexible Kinderbetreuung in Randzeiten, wenn die örtlichen Betreuungseinrichtungen geschlossen haben?			

Handlungsfeld 6

Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

6.1 Familienfreundliche Stadt- und Gemeindeentwicklung

Gibt es ein differenziertes familienfreundliches Stadt- bzw. Gemeindeentwicklungskonzept (Ziele, Maßnahmen, geplante Umsetzung, erforderliche Mittel, Verantwortliche)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

6.2 Wohnraum für Familien

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... kommunale Wohnbauförderprogramme für Familien?			
... Beteiligung an Bauvorhaben für mehr familiengerechten Wohnraum?			
... eine Wohnbaugesellschaft bzw. unterstützt sie eine Genossenschaft oder private Initiativen?			
... ein Förderprogramm zur barrierefreien Wohnraum- anpassung?			

6.3 Durchmischung verschiedener Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen

Wird eine altersbezogene und soziale Mischung in den Wohnquartieren angestrebt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden Projekte zum „Mehrgenerationenwohnen“ oder „flexiblen Wohnraum“ unterstützt?			
Wird die Kommune bei Leerständen von Wohnraum und Gewerberäumen aktiv?			

6.4 Verkehrssicherheit

Gibt es in der Kommune ein Wegekonzept, das sicherstellt, dass Kinder Kitas und Schulen gefahrlos erreichen können?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

6.5 Beteiligung und Vernetzung

Werden Bürger/-innen und Familien frühzeitig bei der Planung neuer Einrichtungen/Baugebiete beteiligt (zum Beispiel durch Ideenwerkstätten, Planungswerkstätten, Ortsbegehungen)?

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Bau-träger, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zu-sammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

6.6 Nachhaltigkeit

Gibt es ein Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzept?

Ja Nein Handlungsbedarf

Berücksichtigen die Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzepte die künftige Bevölkerungsentwicklung?

Gibt es für den Neu- und Umbau öffentlicher Einrichtungen und den öffentlichen Wohnbau flexible Raum- und Nutzungskonzepte?

Gibt es ein kommunales Energiekonzept, um langfristig eine bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung zu sichern?

Gibt es ein kommunales Verkehrskonzept (Stadtbus/Bürgerbus), das die Erreichbarkeit der öffentlichen Einrichtungen/Wohngebiete/Ortsteile sicherstellt?

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

6.7 Informationen zur kommunalen Infrastruktur

Gibt es in der Kommune Stadtpläne oder Wegweisersysteme für ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... Kinder?

... Jugendliche?

... Menschen mit Behinderung?

... Senioren?



6.8 Informationen zu kommunalen Angeboten und Leistungen

Informiert die Kommune (zum Beispiel im Internet, im Amtsblatt) über ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Angebote zu günstigem Wohnraum für Familien?			
... Angebote zum familienfreundlichen Wohnumfeld?			
... die regionale Nahversorgung?			
... Fahrdienste und Transportmöglichkeiten?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

6.9 Wohnraum für Familien und Generationen

Bietet die Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... vergünstigte Bauplätze für Familien oder Vergünstigungen beim Eigenheimerwerb nach öffentlich definierten Kriterien?			
... Baugrundstücke für Familien in Erbpacht?			
... eigene günstige Mietwohnungen?			
... Möglichkeiten zum „Mehrgenerationenwohnen“?			

6.10 Lebendige Stadt- und Ortsteile für alle Generationen

Besteht eine bedarfsgerechte Infrastruktur im Stadtteil/Ortskern zur Nahversorgung, Kommunikation etc.?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es öffentliche Treffpunkte für Jung und Alt?			
Bestehen vielfältige Möglichkeiten zur Begegnung unter und zwischen den Generationen (zum Beispiel in einem Generationencafé)?			

**6.11 Erreichbarkeit der Nahversorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf**

Sind vor Ort Nahversorgungseinrichtungen (auch ohne Auto und für ältere Menschen) in angemessener Zeit zu erreichen? Einkäufe für den täglichen Bedarf Ärzte, Apotheke Postdienst, Bank, Sparkasse	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

6.12 Verkehrssicherheit

Werden verkehrsberuhigte Bereiche, Spielstraßen etc. gemäß StVO gezielt in Wohngebieten und im Umfeld von Bildungstätten angelegt? Gibt es Initiativen zur Bildung von Wegegruppen (Erwachsene/Kinder), zum Beispiel „Laufbus“ und „Busschule“? Gibt es Schülerlotsen an angrenzenden, vielbefahrenen Straßen?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

6.13 Verkehrsanbindung

Gibt es in der Kommune eine gute Anbindung der Stadtteile und Ortschaften durch den öffentlichen Nahverkehr? ... ergänzende Angebote (zum Beispiel Sammeltaxi, Bürgerbus, Carsharing, E-Bikes)? ... ehrenamtliche Fahrdienste?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

6.14 Barrierefreie Verkehrswege, familienfreundlicher Verkehrsraum

Sind in der Kommune die Zugänge zu den öffentlichen Einrichtungen barrierefrei? ... die Bordsteinkanten abgesenkt? ... Kinderwagensteighilfen an Treppen? ... für öffentliche Einrichtungen Familienparkplätze ausgewiesen? ... die öffentlichen Einrichtungen ausreichend mit Abstellanlagen für Fahrräder bestückt?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------



A series of horizontal dotted lines for writing, spanning the width of the page.



Handlungsfeld 7

Freizeit, Kultur





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

7.1 Leitziel „Freizeit und Kultur“

Ist das Leitziel „Freizeit und Kultur“ als Bestandteil des familienfreundlichen Handelns in der Kommune verankert aufgrund ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?

... eines Gemeinderatsbeschlusses?

... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?

7.2 Unterstützung durch die Kommune

Fördert die Kommune bürgerschaftliche Aktivitäten und Initiativen zur Ergänzung und zum Ausbau des örtlichen familienfreundlichen Freizeit- und Kulturangebotes durch ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... finanzielle Unterstützung?

... Bereitstellung von Räumen?

... Sachmittel und logistische Hilfen?

... personelle Unterstützung/hauptamtliche Fachkräfte?

7.3 Belange von Menschen mit Behinderung

Sind bei allen Aspekten dieses Handlungsfeldes die spezifischen Belange von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen berücksichtigt?

Ja Nein Handlungsbedarf



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

7.4 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Gibt es in der Kommune für Familien die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge zu Freizeit- und Kulturangeboten einzubringen und sich an deren Umsetzung zu beteiligen?

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich "Freizeit und Kultur" koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

Werden die Maßnahmen im Bereich „Freizeit und Kultur“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

7.5 Informationen zu Freizeit- und Kulturangeboten

Gibt es in der Kommune ...

Ja Nein Handlungsbedarf

... einen zentralen Veranstaltungskalender?

... Veranstaltungsinformationen auch in sozialen Netzwerken, zum Beispiel Twitter, Facebook...?

... zielgruppenorientierte Stadtpläne oder Wegweisersysteme, die Informationen über Freizeit- und Kultureinrichtungen bündeln?

... eine zentrale Stelle, bei der auch ständige Angebote anderer Anbieter (Kirchen, Jugendverbände...) für Kinder/Jugendliche/Eltern erfragt werden können?

7.6 Bewegungs- und Sportangebote für alle Generationen

Informiert die Kommune über spezielle intergenerative Angebote im Bereich Sport und Gesundheitsförderung?

Ja Nein Handlungsbedarf



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

7.7 Gemeinsame Aktivitäten für Kinder und ihre Eltern

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Freizeitangebote für Kinder gemeinsam mit ihren Eltern, zum Beispiel auch innerhalb der Ferienprogramme?			
... Familienfreizeiten?			
... Angebote an Wochenenden und/oder Feiertagen?			
... spezifische Angebote für Mütter und Väter?			

7.8 Orte für junge Menschen

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... einen Jugendtreff mit sozialpädagogischen Angeboten?			
... einen Jugendtreff in Selbstverwaltung?			
... wohnortnahe Treffpunkte für Jugendliche außerhalb von Einrichtungen?			
... Räume für Kinder und Jugendliche zu mieten, zum Beispiel für Geburtstage?			

7.9 Nutzung der Schulhöfe

Können Kinder und Jugendliche die Schulhöfe auch außerhalb der Schulzeit nutzen?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Sind die Schulhöfe dafür ausgestattet?			



7.10 Kulturelle Angebote

Gibt es vor Ort ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... kommunale Angebote zur musikalischen und künstlerischen Förderung?			
... musisch-kulturelle Angebote für Familien?			
... besondere kulturelle Angebote in der Kommune (zum Beispiel traditionelle Feste, Umzüge, Themenabende)?			
... in den Bibliotheken Angebote für Eltern und Kinder unterschiedlicher Altersgruppen mit Kinderbetreuung und familienfreundlichen Öffnungszeiten?			
... in Kulturstätten (zum Beispiel Schlösser, Gärten, Theater, Museen, Ausstellungen) für Familien ...			
– freien Eintritt?			
– reduzierte Eintrittspreise?			

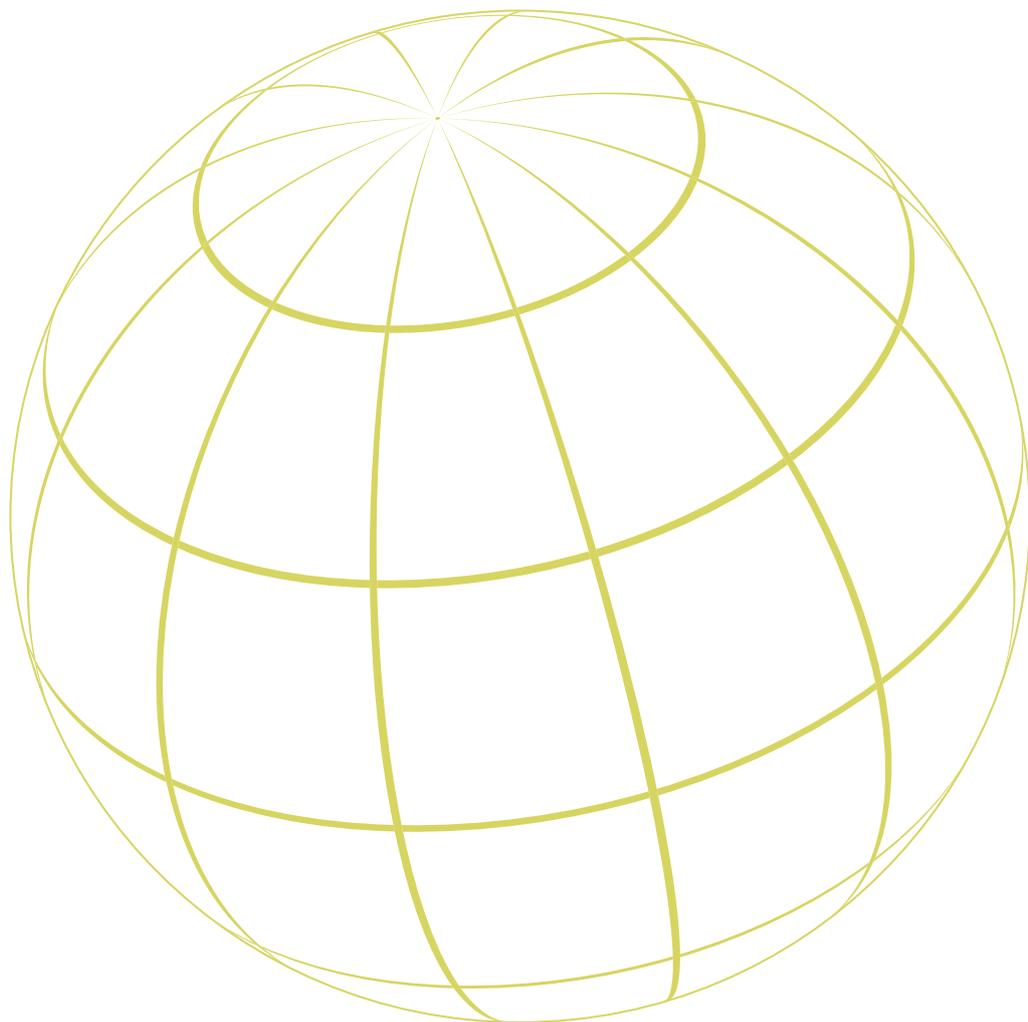


A series of horizontal dotted lines for writing, spanning the width of the page.



Handlungsfeld 8

Integration und
interkulturelle Öffnung





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

8.1 Leitziel „Integration und interkulturelle Öffnung“

Gibt es für die Kommunalverwaltung im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“ eine Zielsetzung aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... oder eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Übernimmt die Kommune durch ihre Aktivitäten im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“ eine Vorbildfunktion für andere Institutionen und Arbeitgeber vor Ort?			
Werden Integrationsaspekte/Aspekte der interkulturellen Öffnung auch in anderen Handlungsfeldern mit berücksichtigt?			

8.2 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme zu bisherigen Aktivitäten der Kommunalverwaltung im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

8.3 Bürgerschaftliches/Freiwilliges Engagement

Fördert die Kommune Bürgerschaftliches Engagement im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bezieht die Kommune dabei Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Vereine mit ein?			



PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

8.4 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden Bürger/-innen mit Migrationshintergrund regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“ beteiligt (zum Beispiel im Migrationsrat)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ein Leitbild/Konzept für die niedrigschwellige Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, so dass alle Gruppen auch tatsächlich erreicht werden können?			
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Migrantenorganisationen, Träger von Migrationsdiensten, Kirchen, Einrichtungen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Gibt es vor Ort eine/-n zentrale/-n Ansprechpartner/-in, der/ die die Zusammenarbeit im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“ koordiniert?			
Werden die Maßnahmen im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			

8.5 Externe Beratung und Unterstützung

Nimmt die Kommune zur Weiterentwicklung im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“ externe Beratungs- und Unterstützungsangebote in Anspruch (zum Beispiel Lokale Bündnisse, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bertelsmann Stiftung)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

8.6 Zielorientierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Informiert die Kommune über ihre Aktivitäten und Angebote im Bereich „Integration und interkulturelle Öffnung“ durch eine aktive und zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Sind bei allen öffentlichen Informationen über Anlaufstellen und Angebotsträger Menschen mit Migrationshintergrund ausdrücklich berücksichtigt (zum Beispiel über Grundlageninformationen in Sprachen der zahlenmäßig am stärksten vertretenen Nationalitäten)?			



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

8.7 Personalentwicklung und interkulturelle Öffnung

Werden in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund als Fachpersonal ausgebildet, eingestellt und gefördert?			
... die Mitarbeiter/-innen zu interkulturellen Zusammenhängen fortgebildet?			

8.8 Serviceleistungen zur Förderung von Integration

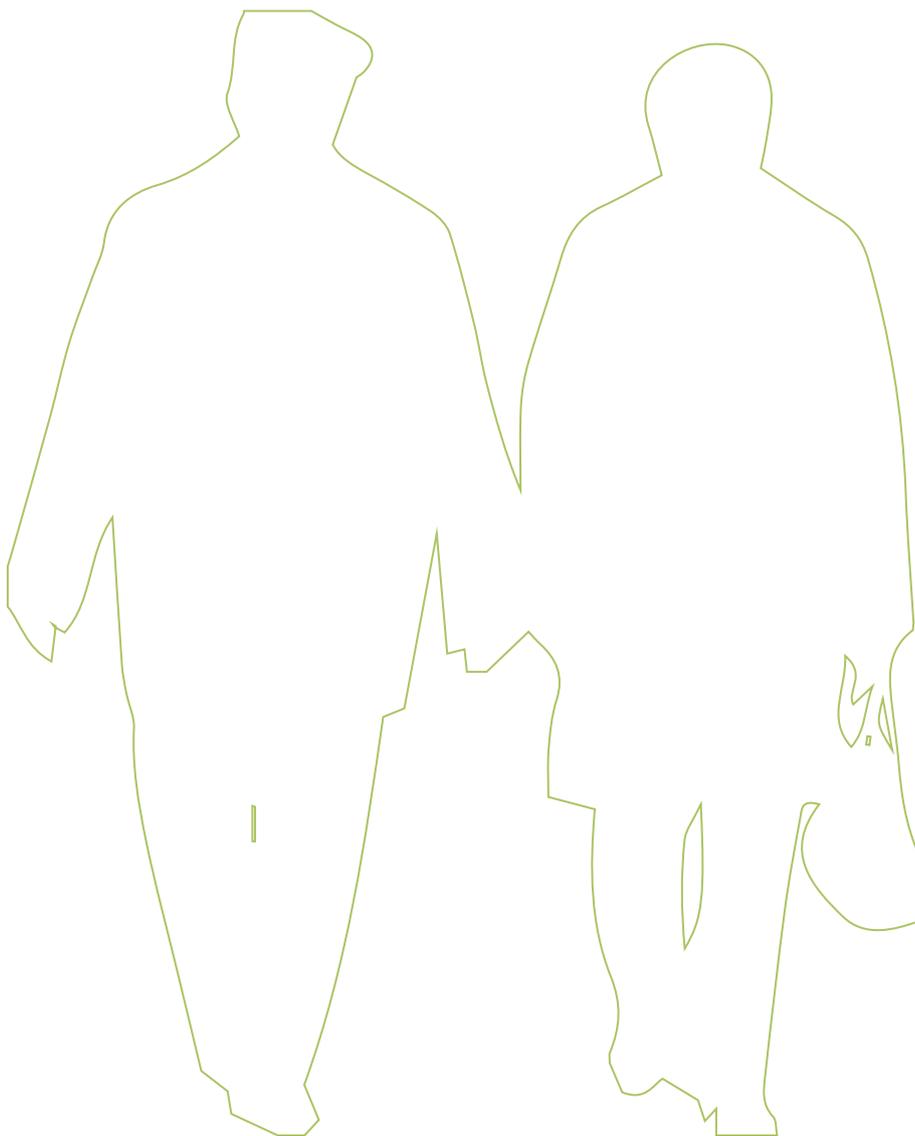
Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... einen frühen trägerübergreifend einheitlichen Einstieg in die Sprach- und Bildungsförderung?			
... niedrigschwellige Unterstützungsangebote für Eltern mit Migrationshintergrund zu Fragen des Bildungssystems?			
... niedrigschwellige Unterstützungsangebote zum Übergang Schule-Beruf (zum Beispiel Patenschaftsprojekte, Lernbegleiter)?			
... bedarfsorientierte Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Senior/-inn/-en mit Migrationshintergrund?			

8.9 Interkulturelle Begegnung

Wird vor Ort die interkulturelle Begegnung gefördert, zum Beispiel durch ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Feste für die gesamte Kommune?			
... interkulturelle Austauschprogramme vor Ort/Ausland, zum Beispiel Jugend, Feuerwehr?			
... Orte zur interkulturellen Begegnung (zum Beispiel ein Café der Kulturen)?			

Handlungsfeld 9

Älterwerden, Generationenbeziehungen





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

9.1 Leitziel „Älterwerden, Generationenbeziehungen“

Gibt es in der Kommune über den Kreispflegeplan des Landkreises hinaus eine Zielsetzung im Bereich „Älterwerden, Generationenbeziehungen“ aufgrund ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Übernimmt die Kommune durch ihre Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Generationenbeziehungen“ eine Vorbildfunktion für Institutionen und Arbeitgeber vor Ort?			

9.2 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommune zu bisherigen Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Generationenbeziehungen“?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

9.3 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden ältere Menschen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen zur Verbesserung der Situation von Senioren beteiligt (zum Beispiel im Seniorenrat/-beirat)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ein niedrigschwelliges kommunales Beteiligungskonzept, das festlegt, wann und bei welchen Fragen ältere Menschen zu beteiligen sind?			
Gibt es vor Ort eine feste Netzwerkstruktur, die Seniorenorganisationen, Träger der Seniorendienste, Einrichtungen, Kirche, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Generationenbeziehungen“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppe, Runder Tisch)?			
Fördert die Kommune Bürgerschaftliches Engagement im Handlungsfeld (zum Beispiel im kulturellen Bereich, Seniorenarbeit in den Kirchen, Vereinen und Einrichtungen)?			
Werden Maßnahmen im Bereich „Älterwerden, Generationenbeziehungen“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			



9.4 Externe Beratung und Unterstützung

Nimmt die Kommune zur Weiterentwicklung des Bereichs „Älterwerden, Generationenbeziehungen“ externe Beratungs- und Unterstützungsangebote in Anspruch (zum Beispiel Pflegestützpunkte, AG Netzwerk Familie Baden-Württemberg, Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune (FaFo BW), Qualitätssiegel „Betreutes Wohnen für Senioren“ (KVJS), Seniorenbeiräte)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

9.5 Zielorientierte Informations-/Öffentlichkeitsarbeit

Informiert die Kommune über ihre Aktivitäten und Angebote im Bereich „Älterwerden, Generationenbeziehungen“ durch eine aktive und zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel Homepage, Broschüre, Faltblatt)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

9.6 Informationen, Beratung und Unterstützung

Informiert die Kommune über ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... den zuständigen Pflegestützpunkt und Beratungsstellen für ältere Menschen und Angehörige, welche Informationen zu Entlastungsmöglichkeiten für betreuende und pflegende Angehörige bieten?			
... Anlaufstellen, die zum Thema Wohnraumanpassungen beraten?			
... Stellen, die Selbsthilfe und Bürgerschaftliches Engagement in der Arbeit mit älteren Menschen fördern und unterstützen?			



ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

9.7 Orte, Räume und Infrastruktur für ...

Gibt es für ältere Menschen in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... quartier-/stadteilbezogene bzw. zentral erreichbare Kommunikationsorte (zum Beispiel Märkte, Grünanlagen, Dorfplätze)?			
... Begegnungsstätten, Treffpunkte, Vereinsräume, kirchliche Gemeindehäuser etc.?			
... ein Mehrgenerationenhaus mit spezifischen Angeboten für ältere Menschen?			
... eine barrierefreie und gut ausgebaute Infrastruktur für ältere Menschen (Ärzte, ÖPNV, Einkaufen, Öffentliche Toiletten, Ruhebänke, Spazierwege)?			

9.8 Mehrgenerationenansatz und Aktivitäten

Gibt es in der Kommune gemeinsame Aktivitäten von Alt und Jung (zum Beispiel Vorleseprojekte, Mentoren- und Patenschaften zur Berufsfindung, Besuche von Kindern und Jugendlichen in Senioreneinrichtungen)?	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Vereine und/oder Begegnungsstätten, die gezielt mit einem Mehrgenerationenansatz arbeiten?			

9.9 Wohnortnahe Dienst- und Unterstützungsleistungen

Gibt es wohnortnahe Unterstützung, damit hilfebedürftige ältere Menschen auch bei zunehmendem Betreuungsbedarf zunächst in einer Wohnung vor Ort bleiben können, zum Beispiel ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... ambulante Betreuungs- und Pflegedienste?			
... Essen auf Rädern?			
... Besuchsdienste?			
... Nachbarschaftshilfe?			
... praktische Alltagshilfen (Begleitsdienste, Lieferdienste, Haushalt, Haus und Garten etc.)?			
... sonstige Unterstützungsangebote, zum Beispiel nach Entlassungen aus stationärem Krankenhausaufenthalt?			



9.10 Service-Wohnen

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... ein bedarfsgerechtes Angebot an betreuten Wohnungen?			
... Angebote für Mehrgenerationenwohnen?			

9.11 Betreuung und Pflege

Gibt es vor Ort oder in einer Nachbarkommune ein bedarfsgerechtes Angebot an ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Betreuungsgruppen für Demenzkranke?			
... Tagespflegeplätzen?			
... Plätzen zur Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege?			
... Dauerpflegeplätzen?			

9.12 Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige

Gibt es in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Informationsmöglichkeiten rund um die Pflege?			
... Qualifizierungsangebote für pflegende Angehörige?			
... Selbsthilfegruppen/Gesprächskreise?			
... Möglichkeiten zur Kurzzeitentlastung durch Präsenzkräfte (zum Beispiel um Arzttermine wahrzunehmen), die innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden abrufbar sind?			

9.13 Hospizdienste

Gibt es vor Ort oder in angemessener Entfernung Dienste zur Begleitung Sterbender und ihrer Angehörigen, zum Beispiel ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... im häuslichen Bereich?			
... in einer ambulant betreuten Hospizwohnung?			
... in einem stationären Hospiz?			

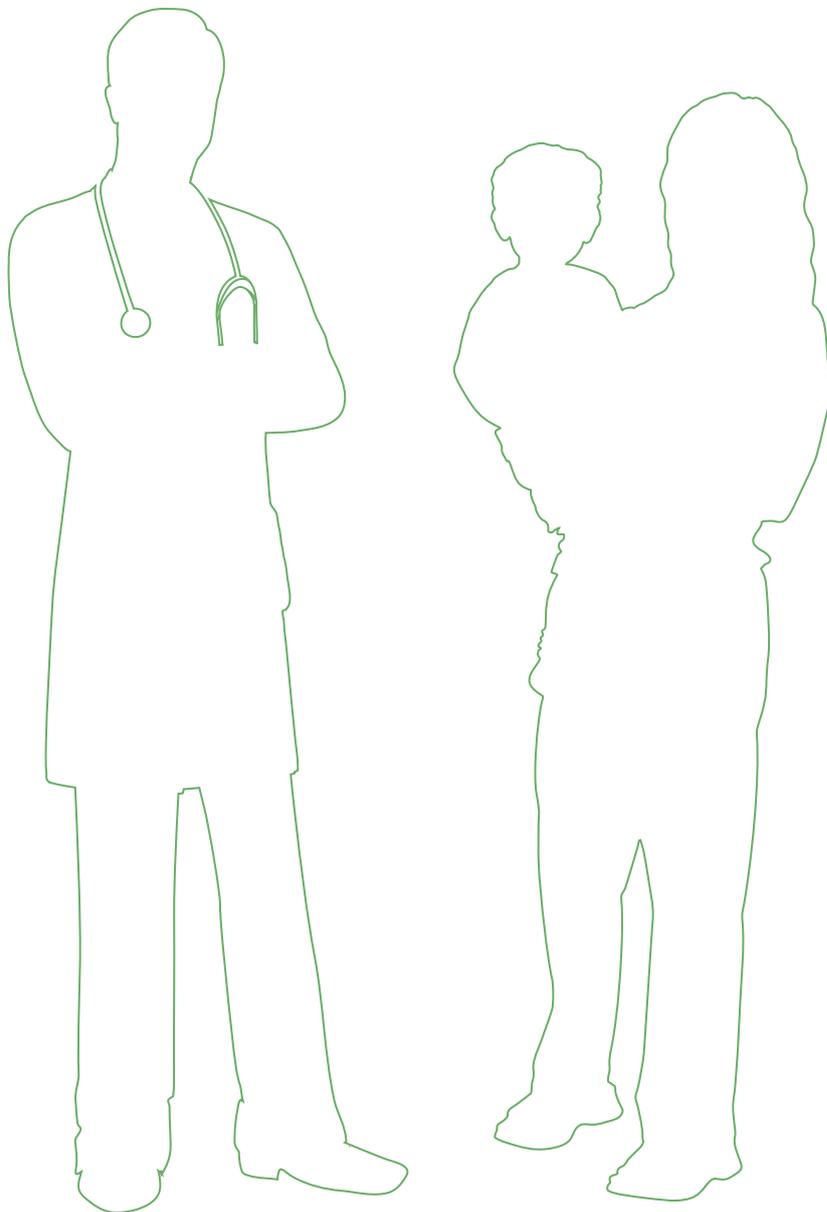


A series of horizontal dotted lines for writing, spanning the width of the page.



Handlungsfeld 10

Gesundheitsförderung





STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

10.1 Leitziel „Gesundheitsförderung“

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Ist das Leitziel einer kommunalen Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung in der Kommune verankert aufgrund ...			
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... einer familien- und demografiebewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Beteiligt sich die Kommune an überörtlichen Initiativen zur Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung, zum Beispiel an der Gesundheitskonferenz des Landkreises?			
Stellt die Kommune Finanzmittel für die Gesundheitsförderung in den Haushalt ein?			

10.2 Zusammenarbeit mit dem Landkreis, den Wohlfahrtsverbänden und anderen Fachstellen

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Besteht eine Zusammenarbeit mit ...			
... Gesundheitsamt?			
... Krankenkassen?			
... Inklusionsbeauftragten/Integrationsfachdiensten?			
... Psychiatriekoordinatoren?			
... Kliniken?			
... Selbsthilfekontaktstellen?			
... Jugendschutz?			
... Suchtpräventionsstellen?			
... Sonstigen:			
Gibt es ein gemeinsames kommunales Leitbild/Handlungskonzept aller Akteure?			



10.3 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommune zu bisherigen Aktivitäten der kommunalen Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung? Ja Nein Handlungsbedarf

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

10.4 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Werden Bürger/-innen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen der Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/-innen-Rat)? Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Pflegedienste, Ärzte, Senioreneinrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die kommunale Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung fördert und koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

Werden die Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

10.5 Information über Angebote und Leistungen

Werden die Angebote und Leistungen zum Thema Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung ... Ja Nein Handlungsbedarf

... veröffentlicht und an zentraler Stelle angeboten?

... auf der Webseite der Kommune aktuell veröffentlicht und fortgeschrieben?

10.6 Informationen, Beratung und Unterstützung

Wird das Thema Gesundheit in bestehenden Anlaufstellen für Familien mit abgedeckt? Ja Nein Handlungsbedarf

Sind die Beratungs- und Unterstützungsangebote so konzipiert, dass die individuellen Ressourcen der Ratsuchenden gestärkt werden?



■ ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

10.7 Gesund aufwachsen

Gibt es für ein gesundes Aufwachsen in der Kommune ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... Angebote im Bereich frühe Prävention, zum Beispiel Frühe Hilfen?			
... Angebote im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder?			
... Angebote an Schulen, zum Beispiel „stark. stärker. Wir.“?			
... Angebote, mit denen sozial benachteiligte Familien erreicht werden?			
... Angebote zur Suchtprävention (zum Beispiel Initiativen zur Alkoholprävention in der Jugendarbeit der Vereine)?			

10.8 Gesund bleiben

Gibt es ...	Ja	Nein	Handlungsbedarf
... von der Kommune veranlasste Aktivitäten und Aktionen zur Gesundheitsförderung und –vorsorge (zum Beispiel Gesundheitstage oder ähnliches)?			
... von der Kommune ein betriebliches Gesundheitsmanagement für ihre Mitarbeiter/-innen?			
... Bewegungsangebote für ältere Menschen im öffentlichen Raum?			
... Angebote zur Suchtprävention für ältere Menschen?			

Ansprechpartnerinnen & Ansprechpartner





Christine Ehrhardt

FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt
Kompetenzzentrum Beruf & Familie
Tel.: 0711/641-2668
christine.ehrhardt@stala.bwl.de
www.kompetenzzentrum-bw.de



Franziska Haase

FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt
Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune
Tel.: 0711/641-2728
franziska.haase@stala.bwl.de
www.familienfreundliche-kommune.de



Patrik A. Hauns

Amtsleiter des Amtes für Jugend, Familie und Senioren
Stadt Ettlingen
Tel.: 07243/10 12 90
ajfs@ettlingen.de
www.ettlingen.de



Renate Iwaniw

Leiterin des Ordnungsamts
Stadt Heubach
Tel.: 07173/1 81 40
Fax: 07173/1 81 59
renate.iwaniw@heubach.de
www.heubach.de



Kurt Lacher

Hauptamtsleiter
Gemeinde Bodelshausen
Tel.: 07471 / 7081 20
k.lacher@bodelshausen.de
www.bodelshausen.de



Hans-Jürgen Lutz

Koordinator des Ortenauer Bündnisses für Familien, Jugendhilfeplaner
Landratsamt Ortenaukreis
Tel.: 0781/8059575
hans-juergen.lutz@ortenaukreis.de
www.ortenauer-buendnis-fuer-familien.de
www.ortenaukreis.de



Andreas Reuter

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
– Landesjugendamt
Tel.: 0711/6375212
andreas.reuter@kvjs.de
www.kvjs.de



Jens Ridderbusch

FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt
Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune
Tel.: 0711/641-2719
jens.ridderbusch@stala.bwl.de
www.familienfreundliche-kommune.de



Hubert Würth

Amtsleitung des Amtes für Familie, Jugend, Senioren & Soziales
Gemeindeverwaltung Ehningen
Tel.: 07034/121129
hubert.wuerth@ehningen.de
www.familie-ehningen.de
www.ehningen.de

So erreichen Sie uns

Familienforschung Baden-Württemberg
im Statistischen Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Tel. 07 11-6 41-29 55
fao-bw@stala.bwl.de

www.familienfreundliche-kommune.de
www.kompetenzzentrum-bw.de
www.fao-bw.de

